

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d.



Inhalt

40. Jahrgang / 83

2. Mai 1985

Heidemarie Wieczorek-Zeul
MdEP, Mitglied des SPD-
Parteivorstandes, verur-
teilt Reagans Boykott ge-
gen Nicaragua: Test für
europäische Selbstachtung.
Seite 1

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsit-
zender des Ausschusses für
wirtschaftliche Zusammen-
arbeit des Deutschen Bun-
destages, adressiert For-
derungen an den Bonner
Gipfel: Ausgleich mit dem
Süden anstreben.
Seite 3

Dr. Rolf Linkohr MdEP for-
dert strengere Exportli-
nien von Uran: Weiterver-
breitung von Atomwaffen
verhindern.
Seite 4

Widerstand gegen Reagan leisten

Die Europäer müssen Nicaragua helfen

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Das Vorgehen Präsident Reagans vom Boden der Bundes-
republik, einen Handelsboykott gegenüber Nicaragua auszu-
rufen, zeigt, als was er die Bundesrepublik betrachtet, als
kolonialen Boden.

Und die Bundesregierung, die wegen ihrer dilettantischen
und jeder historisch einsichtbaren Vorbereitung des
Reagan-Besuchs dem US-Präsidenten die bisher schwerste
innenpolitische Niederlage beigebracht und halbstarrisch
auf den Bitburg-Besuch beharrt hat, wird die letzte sein,
die Reagans-Vorgehen der Form und Sache nach widerspricht.
Sie wird in Zukunft noch weniger widersprechen (können)
als bisher.

Das Vorgehen Reagans ist ein völkerrechtswidriger Angriff
auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Deutlicher wurde
bisher selten das Entstehen imperialistischen Verhaltens
demonstriert: Wie man von innenpolitischen Konflikten
durch Aggression nach außen ablenkt.



Es ist auch ein Schlag gegen die EG-Mitgliedsstaaten und die Europäische Gemeinschaft. Der Zeitpunkt, am Vorabend des Weltwirtschaftsgipfels spricht Bände, was die Regierung Reagan von der Konsultation der Europäer hält.

Schließlich hat die EG unterstützt durch alle Mitgliedsregierungen im Ministerrat Nicaragua seit der Beseitigung der Diktatur Somozas aktiv unterstützt. Etwa ein Drittel aller EG-Mittel für die Region Mittelamerika gehen an Nicaragua.

Schließlich haben die EG und die EG-Mitgliedsstaaten die Contadora-Initiative der friedlichen regionalen Konfliktlösung befürwortet - das absolute Gegenteil von Reagans Big-Stick-Methode.

Und schließlich plant die EG für Ende dieses Jahres ein Kooperationsabkommen mit Mittelamerika, darunter auch mit Nicaragua.

Es ist ein Akt der Selbstachtung der Europäer: Sie müssen auf dem Weltwirtschaftsgipfel diesem US-Vorgehen deutlich widersprechen! Aber widersprechen allein reicht nicht. Die EG und die US-unabhängigeren EG-Mitgliedsstaaten müssen für Nicaragua die "europäische Option" stärker öffnen. Sie müssen prüfen, wie sie selbst handelspolitische Erleichterungen und stärkere entwicklungspolitische Hilfen für Nicaragua erschaffen können, um einen gewissen Ausgleich zu ermöglichen.

Und das geplante Kooperationsabkommen der EG mit Mittelamerika muß nun schneller als vorgesehen beschlossen werden! Als deutliches Signal an die Adresse der USA!

(-/2.5.1985/rs/ks)

+ + +



Ausgleich zwischen Nord und Süd anstreben

Forderungen an den Bonner Weltwirtschaftsgipfel

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Die Gefahr ist groß, daß der Weltwirtschaftsgipfel zu einer politischen Schauveranstaltung ohne konkrete Ergebnisse wird, wie es bereits die Gipfel in Williamsburg (1983) und London (1984) waren.

Daß sich auch der Bonner Gipfel der Vertreter der wichtigsten westlichen Handels- und Industriestaaten der Welt wieder in unverbindlichen Erklärungen zu erschöpfen droht, muß aber gerade im Interesse der armen und ärmsten Länder vermieden werden, die einer langfristigen Gesundung der Weltwirtschaft angesichts ihrer immensen Probleme am meisten bedürfen.

Inbesondere die Regierung unseres Landes, das als Exportnation von einem Interessenausgleich zwischen Nord und Süd nur profitieren kann, sollte auf folgendes hinwirken:

- Die USA sollen endlich durch Abbau ihres Haushaltsdefizits und der damit verbundenen überhöhten Zinsen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch der Entwicklungsländer verbessern.
- Durch langfristige Umschuldungsmaßnahmen und durch einen Fall-zu-Fall Schuldenerlaß, der gegenüber allen Arten von Entwicklungsländern möglich sein sollte, muß die dramatische Verschuldungskrise der Staaten der Dritten Welt entschärft werden.
- Der Internationale Währungsfonds soll seine Auflagen in Zukunft so gestalten, daß die Schuldnerländer ihre langfristigen Entwicklungspläne weiter verfolgen können und der Bevölkerung nicht im Interesse kurzfristiger Zahlungsbilanz-Verbesserungen unannehmable soziale Lasten aufbürden müssen.
- Die teilnehmenden Staaten sollten sich endlich dazu bereitfinden, ein "Zukunftsprogramm Dritte Welt" in die Wege zu leiten, das den Ländern der Dritten Welt durch Handelsförderung, Strukturhilfen und Bekämpfung der absoluten Armut hilft.
- Die teilnehmenden Staaten sollen sich verpflichten, ihre Rüstungsprogramme zu reduzieren und die freiwerdenden Mittel dem Kampf gegen Hunger und Elend zur Verfügung zu stellen.
- Nord-Süd-Dialog soll durch ein Gipfeltreffen der Industrie- und Entwicklungsländer neu belebt werden.

Probleme gibt es genug zu lösen - es kommt darauf an, den Weltwirtschaftsgipfel entsprechend zu nutzen.
(-/2.5.1985/rs/ks)

+ + +



Weiterverbreitung von Atomwaffen unterbinden

EG-Kommission muß strengere Exportrichtlinien durchsetzen, um die nukleare Aufrüstung weiterer Länder der Dritten Welt zu verhindern

Von Dr. Rolf Linkohr MdEP

Verschiedene Ereignisse in den vergangenen Jahren deuten darauf hin, daß mehr und mehr Länder in der Welt die Herstellung von Atomwaffen mit Erfolg betreiben und dabei auch noch von geschäftstüchtigen Zwischenhändlern in den Industriestaaten unterstützt werden. Zu den dramatischen Entwicklungen der letzten Zeit zählen folgende Ereignisse:

1. Am 18. November 1983, einige Wochen vor dem Regierungsantritt von Raul Alfonsin verkündete der Präsident der argentinischen Nuklearagentur (CNEA), Castro Madero, daß nach einer Reihe erfolgreicher Experimente Argentinien nunmehr über eine Urananreicherungsfabrik "mittlerer Größe" verfügt. Sie arbeitet nach der Methode der Gasdiffusion. Das Projekt wurde seit 1978 tatkräftig vorangetrieben und bis zum genannten Termin geheimgehalten. Argentinien verfügt damit über die Fähigkeit, Uran bis zu 90 Prozent U 235 anzureichern, das heißt das Land kann atomwaffenfähiges Material herstellen. Nach Auskunft nordamerikanischer Experten kann Argentinien jährlich 100 Kilogramm angereichertes U 235 produzieren, was für fünf bis sechs Atomwaffen reicht.

2. Der Irak hat nach der Zerstörung des von Frankreich gelieferten Osirak-Reaktors durch israelische Bomber seit Anfang der 80er Jahre offenbar den Versuch unternommen, auf dem italienischen schwarzen Markt Plutonium zu kaufen. Dies geht aus Verlautbarungen der italienischen Behörden hervor, die im Juni 1984 den früheren Geheimdienstoffizier Massimo Pugliese zusammen mit 29 weiteren Personen verhafteten. Sie wurden angeklagt, gesetzwidrig Waffen an den Irak und an Somalia verkauft zu haben. Unter den Gegenständen, die in den Irak gegangen sind, sollen sich 34 Kilogramm Plutonium befunden haben, genug um vier bis sechs Atomwaffen zu bauen.

Diese Geschichte ist allerdings sehr rätselhaft, um nicht zu sagen unwahrscheinlich. Denn Plutonium in dieser Größenordnung zu bekommen ist nach menschlichem Ermessen unmöglich. Schließlich sind die Überwachungsmaßnahmen durch die Internationale Atomenergieagentur, verstärkt durch die auch in Italien geltenden Euratombestimmungen recht wirksam. Mit ziemlicher Sicherheit kann aber behauptet werden, daß der Irak, der den Nichtweiterverbreitungsvertrag 1969 unterzeichnet hat, offenbar nach Möglichkeiten sucht, um den Vertrag auf Umwegen zu brechen.

Irak ist - nebenbei gesagt - immer noch im Besitz jener 12,5 Kilogramm hochangereicherten Urans, das ihm Frankreich Ende der 80er Jahre für den Osirak-Reaktor lieferte.

3. Im Juni letzten Jahres berichtete die "Washington Post", daß in den USA drei Pakistans bei dem Versuch verhaftet wurden, nichtnukleare Teile eines atomaren Zündmechanismus außer Landes zu bringen. Angesichts der fortgeschrittenen Fähigkeit des Landes, Atomwaffen zu bauen, ist dieser Vorfall ein weiterer Beweis für den Willen des Generals Zia, derartige Waffen zu bauen.

4. Am 21. Juni vergangenen Jahres gab der amerikanische Senator Cranston in einer Rede bekannt, daß Pakistan nach seiner Information über eine Wiederaufarbeitungsanlage verfüge, die nicht der Überwachung durch die Internationale Atomenergieagentur unterliege. In einem Artikel in der Zeitschrift "Nuclear Fuel" vom 26. März 1984 wird auf einen ähnlichen Vorgang Bezug genommen. Er trägt die Überschrift "Belgians



Awaiting Government Approval to Complete Pakistani Reprocessing Lab" (Belgier warten auf Regierungsgenehmigung, um Pakistans Wiederaufbereitungsanlage zu vollenden). Sollte diese Nachricht zutreffen, so wäre sie eine schwere Verletzung der internationalen Verpflichtungen Pakistans. Obwohl Pakistan den Nichtverbreitungsvertrag weder unterzeichnet noch ratifiziert hat, stimmte es doch der Überwachung seiner Anlagen durch die Wiener Atombehörde zu.

5. In die gleiche Kerbe schlägt die deutsche Wochenzeitung "Die Zeit", die am 15. März 1985 berichtete, wie der südbadische Unternehmer Albrecht Migule, Alleininhaber der kleinen Exportfirma CES Kalthof GmbH in den Jahren 1977 bis 1980 eine 14 Millionen DM teure Anlage an Pakistan lieferte, mit der Uranhexafluorid (UF₆) hergestellt werden kann. UF₆ ist der Ausgangsstoff für die Anreicherung von kernwaffenfähigem Uran. Das Freiburger Amtsgericht hat den findigen Kaufmann zu acht Monaten Freiheitsentzug auf Bewährung (möglichste Höchststrafe drei Jahre) wegen Verletzung des deutschen Außenwirtschaftsrechts verurteilt. Das Schlimmste an diesem Vorfall ist aber zweierlei:
 - Der Vorfall läßt sich jederzeit wiederholen, denn wer wie Migule Teile einer Nuklearanlage bei Spezialfirmen einzeln einkauft, dem Bundesamt den Export nicht anzeigt und dann über eine längere Zeit hinweg diese Teile in einzelnen Fuhren mit anderen "Geräten und Maschinen" ins Ausland bringt, kann leicht durch die Maschen des Außenwirtschaftsgesetzes schlüpfen.
 - Die deutschen Behörden kamen Migule nicht auf die Schliche. Es war vielmehr der amerikanische Geheimdienst CIA, der die bundesdeutschen Behörden informierte, und damit die Bundesregierung in aller Öffentlichkeit der Verletzung des Kernwaffensperrvertrags überführte. Offenbar kann nur ein weltweit operierender Geheimdienst die verschlungenen Pfade dieses schmutzigen Geschäfts verfolgen.
6. Nachdem die Volksrepublik China am 6. Januar 1984 Mitglied der Atomenergieagentur wurde, und sich damit den strengen Auflagen unterwarf, gab es zwei Hinweise, daß China entgegen seinen Verpflichtungen am Export sensiblen Materials interessiert ist:
 - Im Juni drang an die Öffentlichkeit, daß China den Pakistanis beim Bau der Anreicherungsanlage (Gaszentrifuge) in Kahuta behilflich ist. Erinnern wir uns, daß der südbadische Unternehmer Migule vorher die Pakistanis in die Lage versetzte, Uranhexafluorid (UF₆) herzustellen, das dann zu Anreicherungs Zwecken durch die Gaszentrifuge geschickt wird, so schließt sich der pakistanische Kreis. Amerikanische Regierungskreise ließen im übrigen vor Präsident Reagans China-Visite im vergangenen Jahr durchblicken, daß schon früher China die Pakistanis mit Daten versorgt hat, die es aus seiner vierten Atomwaffenexplosion im Jahre 1966 gewonnen hat.
 - Im Februar verkündeten mehrere bundesdeutsche Firmen, daß sie eine Absichtserklärung mit Peking unterzeichnet hätten, wonach radioaktiver Abfall aus europäischen Kernreaktoren in entfernten Gegenden Chinas endgelagert werden soll. Das Geschäft sollte 4,5 Milliarden Dollar wert sein. Unter den Firmen waren die NUKEM, Transnuklear und das Unternehmen Alfred Hempel, eine Privatfirma, die sich auf den Osthandel spezialisiert hat.

Obwohl China eine vollständige Kontrolle zugesagt hat, stellt dieses Geschäft doch eine Reihe von Fragen. So kann der abgebrannte Brennstoff nur an China weiter gegeben werden wenn die Ursprungsländer des Urans, das sind USA, Canada und Australien, damit einverstanden sind. Und davon kann keine Rede sein. Außerdem ist die Bundesregierung dagegen.



Doch möglicherweise dachten die Firmen gar nicht an deutschen Atom Müll, sondern an Abfälle aus der Schweiz, Italien, Spanien, Finnland, Jugoslawien oder Österreich (Zwentendorf). China wäre damit zu einem wichtigen "europäischen" Endlager geworden, was die Kontrollen in der Wüste Gobi politisch sicher nicht erleichtert hätte.

Aus dem Gesagten lassen sich zwei Schlußfolgerungen ziehen:

1. Eine Reihe von Staaten, wie etwa Argentinien, Brasilien, Pakistan, Irak, Libyen, Israel, Südafrika und Taiwan sind entweder schon im Besitz von Atomwaffen oder verfügen binnen kurzem über die Fähigkeit, welche zu bauen.
2. Europäische Staaten, Firmen oder Händler sind indirekt oder direkt, wissentlich oder unwissentlich an der Proliferation beteiligt.

Wer daran noch Zweifel hat, dem seien folgende Bücher zur Lektüre empfohlen:

1. Nuclear Proliferation Today by Leonard S. Spector, Vintage Books, New York, 1984 (eine Veröffentlichung der Carnegie-Stiftung).
2. Operation Uranium Ship by Dennis Eisenberg, Eli Landau and Menahem Portugali, Steimatzky, Tel Aviv, 1978 (hier geht es um die Geschichte eines Schiffes mit 200 Tonnen Uran, das für Genua bestimmt war und vom Israelischen Geheimdienst 1968 gekapert wurde).
3. Les deux bombes par Pierre Péan Fayard, Paris, 1982. (Péan ist Journalist beim "Nouvel Economiste" und beschreibt die enge Zusammenarbeit Frankreichs mit Israel und dem Irak. Offenbar erhielten beide, miteinander verfeindete Länder von Frankreich die Fähigkeit, Atomwaffen herzustellen).

Nun läßt sich gewiß nicht sagen, daß EG-Kommission und Ministerrat von der Gefahr dieser Entwicklung nicht Notiz nahmen. So haben die Außenminister der EG am 20. November 1984 im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit ihre Nuklearexportpolitik auf dem Hintergrund der sogenannten Londoner Richtlinien erneut festgeschrieben. Die zehn Mitgliedstaaten verpflichten sich demnach, die Exportrichtlinien der Internationalen Atomenergieagentur zu beachten.

Daß die Wirklichkeit allerdings etwas anders aussieht, zeigt die Erfahrung in der Vergangenheit. Dabei müssen wir davon ausgehen, daß der Öffentlichkeit nur die Spitze eines Eisbergs bekannt ist. Meines Erachtens kommt es jetzt darauf an, daß die Leichtfertigkeit, mit der nuklearsensitive Anlagen und nukleares Material exportiert wurden, nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis ein Ende findet. Da es sich dabei um ein höchst kompliziertes und schlüpfriges Terrain handelt, sollte die Kommission aufgefordert werden, einen umfassenden Expertenbericht zum Thema Nuklearexport anzufertigen und praktische Vorschläge zu entwickeln. Unabhängig davon wird sich in Kürze auch das Europäische Parlament mit der Frage befassen.

Abschließend möchte ich feststellen, daß ich nicht der Illusion verfallen bin, die Proliferation von Atomwaffen könnte ausschließlich durch eine restriktive Exportpolitik unterbunden werden. Aber sie kann helfen, den Prozeß der Weiterverbreitung zu verlangsamen und dazu beitragen, daß die Energie des Atomkerns ausschließlich zu friedlichen Zwecken verwendet wird.
(-/2.5.1985/rs/ks)

+ + +

